

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 9

Artikel: Gegenbemerkungen
Autor: Bertheau, Th.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157546>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gegenbemerkungen.

Von Th. Bertheau.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ empfindet die von den „Schweizer Monatsheften“ an ihrer auslandspolitischen Haltung wiederholt geübte Kritik begreiflicherweise nicht als eine Unnehmlichkeit und beschäftigt sich in einem kürzlich erschienenen Leitartikel (Abendblatt vom 16. November) mit dieser Kritik. Dies gibt Anlaß zu Gegenbemerkungen.

Nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ baut sich die „Opposition“ der gelben Hefte auf folgenden Gedankengängen auf: Deutschland ist zu schwach und Frankreich zu stark, es besteht Gefahr, daß die Schweiz zum französischen Vasallenstaat werde, ergo muß sie sich an die Seite Deutschlands stellen. Diese „grundlegende These“ für die Politik der Monatshefte, sagt die „Neue Zürcher Zeitung“, wolle sie sich näher ansehen.

Ich anerkenne zunächst, daß die außenpolitische Auffassung der gelben Hefte und die meinige dahin geht, Deutschland sei zu schwach und Frankreich zu stark und es bestehe die Gefahr, daß die Schweiz zum französischen Vasallenstaat werde oder, wie ich es formuliere, wiederum zum französischen Vasallenstaat hinabsinke, und bedauere es außerordentlich, daß die „Neue Zürcher Zeitung“, obwohl sie es in Aussicht stellte, diese beiden Bestandteile der „grundlegenden These“ weder einer näheren noch einer weiteren Besichtigung unterzog. Diese Besichtigung und Prüfung der Thesen auf ihre Richtigkeit hätte keine Schwierigkeiten geboten. In nicht gerade wenigen einläßlichen oder kürzer gehaltenen Aufsätzen haben seit bald zwölf Jahren die Monatshefte ihre außenpolitischen Auffassungen auseinandergesetzt. Wir haben nicht bloß behauptet, sondern sie an Hand der geschichtlichen Tatsachen und Erfahrungen begründet, wir haben Vergangenheit und Gegenwart prüfend verglichen und schließlich die Nutzenwendungen für die Gegenwart gezogen, wobei wir von dem, wie wir glauben, richtigen Grundsätze ausgingen, daß, objektiv betrachtet, die gleichen oder ähnliche Tatsachen die gleichen oder ähnliche Folgen nach sich ziehen. Hält die „Neue Zürcher Zeitung“ angewandte Methode und gewonnene Schlussergebnisse für falsch, so hätte sie sich ein Verdienst erworben, wenn sie die „Opposition“ widerlegt und damit gezwungen hätte, das Feuer einzustellen. Selbstver-

ständig steht es der „Neuen Zürcher Zeitung“ frei, die in Aussicht gestellte nähere Besichtigung zu unterlassen; aber dann halten wir uns auch nicht für geschlagen und haben keinen Grund, uns aus dem Staube zu machen. Merkwürdig ist die Art und Weise, wie sich die „Neue Zürcher Zeitung“ um die Erörterung und Widerlegung der „grundlegenden These“ herumdrückt; sie meint, die erste zum Zweck der mehrerwähnten näheren Besichtigung zu stellende Frage sei die, ob die Monatshefte durch diese Formulierung, nämlich die der grundlegenden These, den Standpunkt in kaum zulässiger Weise änderten, es gebe nämlich ein „Kardinalproblem in der internationalen Politik auch für die Schweiz“. Worin sieht nun die „Neue Zürcher Zeitung“ dieses Kardinalproblem der internationalen Politik? Darin, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ sich für verpflichtet halte, in ihrem Blatt mit Bezug auf Deutschland und Frankreich der Pflicht sachlicher und umfassender Information zu genügen. Ich habe bisher noch nie gehört, daß diese Pflicht der „Neuen Zürcher Zeitung“ ein Kardinalproblem der internationalen Politik sei; könnte aber dieser Pflicht die kardinalproblematische Natur nicht versagt werden, so frage ich weiter, weshalb nach dieser „ersten Frage“ nicht die zweite behandelt wird, eben die Frage, ob die „grundlegende These“ der gelben Hefte richtig oder falsch sei. Ganz sachte lenkt auf diese Weise die „Neue Zürcher Zeitung“ vom Thema, das sie selber angerufen hatte, nach dem „Kardinalproblem internationaler Politik“ ab. Was nun aber diesmal die Hauptsache gewesen wäre, die „grundlegende These“, die bleibt unerörtert. Allenfalls kann noch gesagt werden, die „Neue Zürcher Zeitung“ wolle die Schwäche Deutschlands bestreiten, indem sie auf wirtschaftliche Unterhandlungen aller Art verweise, die in der Schweiz nicht hätten das Gefühl aufkommen lassen, man befinde sich einem wehrlosen Staat gegenüber; allein bei Betrachtung der allgemeinen politischen Lage der Schweiz stellen wir wohl besser nicht bloß ab auf wirtschaftliche Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland, sondern auf den finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, militärischen, kurz den politischen Zustand in Frankreich einerseits und in Deutschland andererseits; wenn wir diese Zustände vergleichen, so erachten wir Deutschland als schwach und Frankreich als stark. Aus diesem Verhältnis ziehen wir unsere Rückschlüsse auf die politische Lage der Schweiz. Das ist doch eine sehr einfache Sache, und jedermann versteht, wie es gemeint ist; also ist diese Einsicht auch der „Neuen Zürcher Zeitung“ zuzumuten. Allein sie zieht es zur Aufklärung ihrer Leser vor, den Wagen auf Nebengeleise überzuleiten, damit er dort stehen bleibe und vergessen werde.

Gibt sich die „Neue Zürcher Zeitung“ in ihrem Artikel nicht mit den Thesen ab, welche die Monatshefte aufgestellt haben, so beschäftigt sie sich umso eingehender mit der These, welche die Monatshefte und die sie hegenden Kreise nicht aufgestellt haben, die sie aber den Monatsheften in die Schuhe schiebt, ohne sie auch nur mit einem einzigen Worte, das sie den Monatsheften entnommen hätte, zu begründen. Ich meine damit das

„ergo“ der „Neuen Zürcher Zeitung“: weil die Schweiz in Gefahr ist, zu einem französischen Vasallenstaat hinabzusinken, muß sie sich „an die Seite Deutschlands stellen“ und, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ im weiteren Verfolg ihres Artikels sagt, „mit der deutschen Politik durch dick und dünn gehen“. Diese Folgerung haben weder die Monatshefte noch der Schreiber dieser Zeilen je gezogen; unsere politische Intelligenz und Einsicht wird hier von der „Neuen Zürcher Zeitung“ ganz entschieden unterschätzt. Der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist eben das sehr menschliche Versehen passiert, daß sie die Monatshefte nicht genügend studierte; das dürfen wir ihr nicht verübeln, weil wir, die wir die „Opposition“ bilden, uns stets bewußt sind, daß von den beiden Faktoren wir der inferiore sind. Wir müssen daher schon oft Gesagtes wiederholen, nicht wegen der Oppositionellen, sondern, wie ich es wohl formulieren darf, zu Händen unserer Herren und Oberen. Also: wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß sich das französische Machtssystem, wenn auch nicht in der gleichen Weise, auf die Schweiz und die westlichen Gebiete Deutschlands erstreckte, daß wegen der geübten Bestechungen und Geldverteilungen die Moral der schweizerischen wie der deutschen Potentaten keine einwandfreie gewesen sei, daß um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert die Schweiz und Deutschland von Frankreich unterworfen und sowohl die Schweiz wie Deutschland Frankreich heerespflichtig geworden seien, daß die politische Entwicklung der Schweiz und Deutschlands zum nicht geringen Teile auf die Befreiung von der Herrschaft und der politischen Macht Frankreichs zurückzuführen sei, insonderheit, daß zu den Voraussetzungen der freiheitlichen Entwicklung der Schweiz die Beseitigung des beherrschenden Einflusses Frankreichs ebenso erforderlich gewesen sei wie die saubere unverminderte Neutralität der Schweiz, die wir 1815 erlangt hatten, daß heute diese Neutralität wegen des mangelnden Gegengewichtes, also wegen der offenbaren politischen Schwäche Deutschlands, zu Gunsten Frankreichs gestört sei, daß die neuerlichen Umtriebe Frankreichs zur Ablösung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland und die Befnabberungen der der Schweiz zustehenden territorialen Rechte um den Genfersee wie ihrer Neutralität selbst sich gleichzeitig ereigneten u. s. w. u. s. w. Wir haben also geglaubt, in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen der Schweiz und Frankreich eine gewisse Parallelität der Vorgänge feststellen zu können, folgern aber hieraus nicht, daß wir uns an die Seite Deutschlands stellen müßten, sondern wir folgern, daß es wünschbar sei und im Interesse der Schweiz liege, daß Deutschland stärker und Frankreich weniger stark sei; denn wir wissen nicht, was sich auf Grund der gegenwärtigen und künftiger Machtverteilung noch alles ereignen wird, aber letzten Endes ist Deutschland nicht auf die Schweiz angewiesen, wohl aber ist das politische Schicksal Deutschlands maßgebend für das politische Schicksal der Schweiz. Hier, in dieser historisch nachweisbaren Verbundenheit, sehe ich die „Kongenialität“ mit Deutschland; wir haben allen Grund, das zu fördern oder die Förderung dessen zu wünschen,

was Deutschland anstrebt, um wieder zu seiner Unabhängigkeit nach außen und damit zu der ihm gebührenden politischen Macht zu gelangen. Dieses Ziel zu erreichen, ist der Zweck der deutschen Auslandspolitik, ist die eigentliche deutsche Auslandspolitik. Wie dies bewerkstelligt werden soll, darauf haben wir keinen Einfluß, aber das Ergebnis selbst ist für die Selbständigkeit der Schweiz entscheidend. Es handelt sich hier auch um unsere Sache; an den objektiven politischen Gegebenheiten, ob sie uns zusagen oder nicht, ist eben nicht zu rütteln. Wir empfehlen der „Neuen Zürcher Zeitung“, sich die hier allerdings sehr abgekürzte Begründung der „grundlegenden These“ näher zu besehen, um sie zu widerlegen; vielleicht gelangt sie auch zur Anerkennung ihrer Richtigkeit.

Von diesem unserem Standpunkt aus kann ich es unterlassen, die Fragen der „Neuen Zürcher Zeitung“, ob wir mit Hitler, mit Hugenberg, mit Schleicher, mit Papen oder mit anderen gehen sollen, zu beantworten; mich persönlich läßt es auch, da ich nicht Deutscher bin, durchaus kalt, ob die Aufgabe, die sich Deutschland, seinetwegen und nicht unsertwegen, stellt und stellen muß, von einer republikanischen oder einer monarchischen Regierung gelöst wird; hat das republikanische Frankreich seinerzeit die Schweiz erobert, in Besitz genommen und ausgeplündert, so haben umgekehrt die deutschen Monarchen die freie Entwicklung der Schweiz im 19. Jahrhundert keineswegs gehindert. Ich habe auch nicht zu beurteilen, ob die deutsche Diplomatie richtige oder falsche Wege beschritt, bezweifle aber nicht, daß sie, wenn sie von einem von der Redaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“ bestellten Komitee geleitet worden wäre, heute mit den glänzendsten Resultaten aufwarten könnte; wie eine s c h w e i z e r i s c h e Auslandspolitik, die dem helvetischen Auge standhält, beschaffen sein muß, hat die „Neue Zürcher Zeitung“ durch ihre Haltung im Genfer Zonenstreit dargetan, als es sich darum handelte, 1922/23, die Zonen an Frankreich n i c h t preiszugeben, und in der Frage des allgemeinen Ordensverbotes, das auch von einer stattlichen Anzahl einsichtiger Welschschweizer gewünscht wurde, was der „Neuen Zürcher Zeitung“ völlig entgangen zu sein scheint, obwohl man es in den Zeitungen lesen konnte. Ich erlaube mir übrigens, auf Grund gewisser Kenntnisse, zu bezweifeln, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ das Vertrauen der gesamten romanischen Schweiz besitzt, und weiß ganz bestimmt, daß sie das Vertrauen sehr ausgedehnter Kreise der deutschen Schweiz nicht besitzt, wofür ich mich auf geschene Abstimmungen rein politischer Natur berufe, in welchen die Auffassung der „Neuen Zürcher Zeitung“ über die „wahrhaft nationale Linie der internationalen Politik“ nicht geteilt wurde. Es gibt aber Leute, die finden, die „Neue Zürcher Zeitung“ sei auch dem deutschschweizerischen Volke etwas schuldig und es schuldig geblieben, und ferner, sie setze sich vielleicht allzu sehr in aller Welt für die französische Politik ein, direkt, oder indirekt über Genf, doch handelt es sich hier wohl eher um subjektive als um objektive Gegebenheiten, worüber allerdings gestritten werden kann.

Zum Schluß hält mich die „Neue Zürcher Zeitung“ für verpflichtet, die positive, die konstruktive ausländische Politik aufzuzeigen, die wir zu Nutz und Frommen unseres Landes betreiben sollen. Zur Antwort verweise ich vorerst auf Band 1—12 der Monatshefte, wo wir unsere Meinung in dieser Sache in ausführlichster Weise zum Ausdruck gebracht haben. Da ich aber bloß ohnehin Breitgeschlagenes wiederum breitSchlage, so kann ich auch auf diesen Punkt zurückkommen. Als Auslandspolitik zu Nutz und Frommen unseres Landes sehe ich die an, die von 1815 bis 1918 befolgt worden ist, also die strikte Neutralitätspolitik, trotz der Mängel, die ihr anhaften. Diese Neutralitätspolitik ist das Ergebnis unserer geographischen Lage, die wir nicht ändern können; befolgen wir sie nicht, so setzen wir unsere Existenz aufs Spiel. Wir sollen die ehrlich gemeinten Friedenswerke unterstützen, nicht aus lederner Tugendhaftigkeit, sondern aus der praktischen Erkenntnis, daß uns nichts anderes übrig bleibt. Wir sollen uns ferner nicht in die Angelegenheiten Anderer mischen; wie mir scheint, ist dies auch die Politik des Bundesrates und des Chefs der schweizerischen Völkerbundsdelegation, dem die Gabe verliehen ist, mit vielen und beredten Worten nichts zu sagen und uns politisch zu nichts zu verpflichten, sodaß ich, nach geschener reumütiger Wandlung, den aufrichtigen Wunsch ausspreche, er möge uns noch recht lange erhalten bleiben. Insbesondere sollen wir uns in keine Sache einmischen, die der Freiheit und Unabhängigkeit Anderer abträglich ist, weil sich das für uns nicht geziemt; ich denke hier ganz besonders an Osterreich, dessen Zustand seit Friedensschluß ein sehr erbärmlicher und dessen Behandlung eine sehr verächtliche Sache ist, und ich teile auch die Auffassung nicht, die von den Osterreichern ein mutiges Selbstbekenntnis zum eigenen Staat erwartet, weil, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ sehr naiv meint, wir einen vierten Anstößer an unser Land brauchen. Wir sollen auch nicht hinter den Siegern herlaufen; das ist für die Kleinen schon deswegen gefährlich, weil sie von den Siegern ja doch durchschaut und somit nichts weniger als hochgeschätzt werden. Oder zeugt etwa die Erledigung oder auch Nichterledigung von allerlei Anständen und Angelegenheiten durch Frankreich von seiner besonderen Hochachtung für uns? Und endlich sollen wir uns bemühen, so gut als möglich die Gefahren zu bestehen, die uns aus dem Umstande erwachsen, daß gerade Genf Sitz des Völkerbundes ist. Ein Miniaturstaat — und dazu von der exponierten Lage Genfs — eignet sich nicht für derartige große Sachen, es sei denn, er sei gerade für diese große Sache aufgestellt worden und habe keinen andern Zweck, als eben Residenz der Regierung eines großen Staates oder einer überstaatlichen Organisation zu sein. Genf war aber schon vor dem Völkerbund da und hat eben seinen eigenen Zweck als Kanton und Glied der Eidgenossenschaft. Ich weiß nicht, ob diese Äußerungen über konstruktive ausländische Politik der Schweiz der „Neuen Zürcher Zeitung“ besonders zuzusagen, aber da sie mich fragte, glaubte ich ihr eine Antwort, wenn sie auch unvollständig ist, zu schulden.

Im übrigen gewärtige ich, ob die „Neue Zürcher Zeitung“ die „grundlegende These“ der gelben Hefte, nämlich die wirklich von ihnen aufgestellte und nicht die ihr fälschlicherweise zugeschriebene, zu widerlegen unternimmt. Gelingt ihr die Widerlegung, so bin ich, das liegt schon in meinem Berufe, selbstverständlich stets bereit, der besseren Einsicht der Anderen ohne Widerrede zu folgen.

Die amerikanischen Präsidentenwahlen.

Von Ernst Wolfer.

Das Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahlen kam nicht unerwartet. Überraschend aber war der Umfang des demokratischen Wahlsieges vom 8. November. Sowohl das Mehr an Volksstimmen, wie das Mehr an Elektorsstimmen übertrifft die bisherigen Rekorde. Gegenüber der Wahl vor vier Jahren bedeutet das diesjährige Ergebnis einen Erdbebenstoß von einem Drittel der Gesamtstimmen von der republikanischen zur demokratischen Partei. Von 48 Staaten stehen dies Jahr 42 auf Roosevelts Seite, wobei es dieses Jahr den Demokraten sogar gelang, einige Stücke aus dem traditionell-soliden republikanischen Block der New-England Staaten herauszubringen. Und trotzdem war diesmal eine Wahlprognose durchaus nicht leicht. Noch einen Monat vor den Wahlen wurde die Frage ernsthaft diskutiert, ob New York, ein meist republikanisch wählender Staat, diesmal zu Hoover oder Roosevelt stehen würde; die Wahlen brachten dem demokratischen Kandidaten ein Riesenmehr von über 600,000 Stimmen. Das gleiche geschah im meist ebenso republikanischen Californien, Hoovers Wahlheimat. Die demokratische Springflut fegte auch eine riesige Zahl von republikanischen Inhabern von Governorposten, Staats-, Distrikts-, County- und Gemeindeämtern hinweg und setzte an deren Stelle Demokraten. Das Repräsentantenhaus erhält eine noch nie gesehene demokratische Mehrheit und die Ergebnisse der Wahlen in den Senat geben den Demokraten auch dort die sichere Kontrolle. Einige berühmte und würdige Mitglieder des Senates sind den Wahlen zum Opfer gefallen, so Senator Moses in Rhode Island, der dem Senat bereits 30 Jahre angehörte, und Senator Smoot aus Utah, der Mitverfasser des berühmten Hawley-Smoot-Zolltarifes.

„Es muß anders werden“ war der Grundton, der die Wahlen beherrschte. Die Wirtschaftskrise, die über der Welt steht und diesmal auch Amerika packte, fand das amerikanische Volk im Zustand rosigsten Prosperithglaubens. Die bisherige Entwicklung schien ständig zunehmenden